

Armin Puller

## **PERSPEKTIVEN AKTUELLER THEORIEN DES POLITISCHEN**

### **Kritische Aneignung und Weiterentwicklung gegenwärtiger poststrukturalistischer Theorien des Politischen (durch die Ansätze von Althusser / Poulantzas und des Critical Realism)**

Die zunehmenden öffentlichen Debatten über den Stand parlamentarischer Demokratie(n), ihre Aushöhlung, über Demokratiedefizite und autoritären Etatismus schlagen sich auch in der politischen Theorie nieder: In Begriffen wie ‚Politikverdrossenheit‘, ‚fehlender politischer Nachfrage‘ oder ‚Postdemokratie‘ (Crouch 2008) wird ein Zustand zunehmenden Demokratieabbaus beschrieben und werden Gefahren für den ‚sozialen Frieden‘ und politische Konsense aufgezeigt. Um den demokratischen Konsens zu bewahren (gegen Angriffe von Wirtschaftslobbys, Klientilismus, Rechtsextremismus, etc.), plädieren gängige politik- und demokratiethoretische Ansätze (Public choice theory, Jürgen Habermas, John Rawls, Ulrich Beck, Anthony Giddens, u.a.) für Formen von öffentlicher Vernunft, good oder global governance und setzen auf die Kraft einer globalen Zivilgesellschaft, die Rationalität und Moral (gegen Unvernunft und Unmoral) in die Politik zurückbringt.

Gegen diese gängigen Formen technischer, konsensbezogener und apolitischer Demokratietheorien haben in der politischen Theorie eine Reihe poststrukturalistischer Ansätze (etwa: Chantal Mouffe, Ernesto Laclau, Jacques Rancière bis hin zu Judith Butler, Slavoj Žižek u.a.) versucht, aus dem Technizismus auszubrechen und nicht Konsense, sondern gesellschaftliche Kämpfe ins Zentrum zu stellen. Ihr politischer Hintergrund sind die Erfahrungen des Thatcherismus und sein Erfolg bei der Schaffung neoliberaler Konfliktlinien, in denen selbst soziale Schichten, die von neoliberalen Projekten niemals vertreten wurden, gegen sozialdemokratische Politiken mobilisiert wurden. Die gegenwärtigen poststrukturalistischen Ansätze plädieren für eine radikale Politik, die Politik wieder als Kampf in Machtverhältnissen versteht, als Mobilisierung von Massen und Leidenschaften gegen politische und soziale Gegner. Sie beinhalten das Potential, die (mittlerweile auf ganzer Linie gescheiterten) sozialdemokratischen Strategien des Blairismus als Kapitulation vor dem Thatcherismus und damit auch den Niedergang der Sozialdemokratie in Europa zu erklären, sowie neue politische Strategien für soziale Mobilisierungen zu erarbeiten.

Zugleich mit der (Wieder-)Zentrierung von Kämpfen produzieren diese Ansätze jedoch auch verhängnisvolle Ausblendungen, insofern (im Rahmen ihrer gesellschafts- und wissenschaftstheoretischen Annahmen, denen zufolge die Welt rein aus Diskursen bestehend betrachtet wird) über die Bedingungen von (politischen, ökonomischen, ideologischen) Kämpfen und Kräfteverhältnissen, d.h. über soziale Strukturen und ihre Mechanismen wenig gesagt werden kann. Mit materialistischen Poststrukturalismen (Louis Althusser, Nicos Poulantzas, Stuart Hall) können die Ansätze von Mouffe u.a. so ergänzt bzw. verschoben werden, dass Politik nicht nur als Mobilisierung von Identitäten (Positionen in politischen Diskursen) umfassend, sondern auch als die Reproduktion oder Transformation sozialer Strukturen (Staat, Produktionsverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, etc.) beinhaltend, reflektiert wird.

## **1. Reflexionen gängiger politik- und demokratietheoretischer Ansätze**

In politikwissenschaftlichen Debatten dominieren bislang vor allem technische Ansätze, die Demokratie nicht als politische Logik der Auseinandersetzung zwischen mehreren, sich widersprechenden und auch widersprüchlichen Positionen, Strategien und Interessen sozialer Kräfte betrachten, sondern als zivilisatorisch endgültige Herrschaftsform, in der ein fiktiver Gesamtwille einer Summe an Individuen konsensual zusammengeführt wird. Ihre Spielarten sind vielfältig und umfassen aggregative wie deliberative Ansätze.

Die aggregativen, modellorientierten Demokratietheorien bewegen sich im theoretischen Rahmen des Rational choice-Ansatzes und versuchen, Annahmen neoklassischer Ökonomietheorien in die Politikwissenschaft zu integrieren um gesetzesförmige Aussagen und Vorhersagen treffen zu können. Sie analysieren Gesellschaftsformationen nicht ausgehend von gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern von vereinzelt Individuen mit bestimmten vorausgesetzten Eigenschaften (etwa: egoistische Nutzenmaximierung, instrumentelle Rationalität, Leidenschaftslosigkeit, etc.). Die Individuen gelten ihnen als außergesellschaftlich positionierte Monaden mit transparenten und gleichförmigen Präferenzen, die berechnet und zusammengeführt werden können. Eine Gesellschaft ist jeweils die Summe der Individuen und ihrer Präferenzen; eine Partei jeweils eine Aggregation bestimmter Individuen mit gleichen oder ähnlichen Präferenzen. Parteien funktionieren wie Unternehmen und versuchen, über die Ausweitung ihrer Aggregationen Stimmen und damit Macht und Einfluss zu maximieren. Insofern in einem gegebenen Kontext alle Präferenzen deutlich sind und alle Akteure immer rational entscheiden, lassen sich alle Strategien und Handlungen vorhersagen und ist immer eine optimale Lösung zur Herstellung demokratischer Gleichgewichte der Kräfte möglich. Ungleichgewichte beruhen bspw. auf (exogenen) Verzerrungen von Präferenzen. Ursprünglich in den 1960er Jahren gegen die normative Politikwissenschaft zur Produktion von ‚neutralen Daten und Fakten‘ gerichtet, erleben diese Demokratietheorien – trotz offensichtlich unplausibler theoretischer Annahmen über Staat und Ökonomie, gesellschaftliche Prozesse und Akteure – in Form aktueller Public choice theory eine Wiederkehr. (Hay 2002, 2007).

Deliberative Demokratietheorien sind teilweise explizit gegen aggregative Ansätze und deren Vorstellungen instrumenteller Rationalität gerichtet. Sie bewerben Verfahren offener, freier, unparteiischer und rationaler öffentlicher Diskurse und setzen auf eine Rationalität kommunikativen Handelns: Durch Herstellung fairer, nicht von Machtverhältnissen durchzogenen, Bedingungen für alle TeilnehmerInnen eines demokratischen Diskurses, könne sich das für alle politisch Vernünftigste durchsetzen. Jürgen Habermas (1992) sieht in öffentlichen Diskursen ein Instrument gemeinsamen politischen Handelns und den Ort der Herstellung von Legitimität politischer Argumente, Normen und Entscheidungen. Damit ein, für alle TeilnehmerInnen eines Diskurses, legitimes Ergebnis produziert werden kann, müssen Diskurse frei von Herrschaft sein und müssen daher bestimmten ethischen Regeln (Gleichheit, Zwanglosigkeit, Unausgeschlossenheit und Redefreiheit der TeilnehmerInnen, etc.) folgen. Die liberale Demokratie als Versöhnung von (legitimen) Gesetzen und Menschenrechten ist jenes System, in dem durch kommunikatives Handeln ein Konsens durch universelle Anerkennung von im Diskurs erhobenen Geltungsansprüchen (Wahrheit, Richtigkeit, etc.) möglich ist. Indem Habermas Geltung und Legitimi-

tät von Politiken an den Bedingungen des Zustandekommens misst, verschiebt er Fragen der Demokratie und einer gerechten politischen Ordnung auf das Terrain von Moral und Ethik, statt sie als Ergebnis von politischen Kräfteverhältnissen zu denken. Die Bezugnahme auf eine außerhalb des Politischen liegende Vernunft ist auch für John Rawls (2003) wesentlich, der, wie Habermas, vollständig übergreifende Konsense zwar als kaum möglich betrachtet, jedoch politische Konflikte als grundsätzlich durch rationale Debatten lösbar versteht. Politik ist für Habermas und Rawls der offene und freie Austausch von Argumenten zwischen vernünftigen und unparteiischen Personen mit dem Ziel der Beseitigung von Konflikten und Machtverhältnissen, sowie der Schaffung von Konsens. (Mouffe 2008, 85-106).

So wie in den aggregativen und deliberativen Demokratietheorien mit der Kalkulation von Interessen bzw. moralischer Konzeptionen Konsens und Versöhnung verschiedener politischer Positionen betont wird, gibt es auch in der Soziologie Versöhnungsutopien: Anthony Giddens (1994, 1998) und Ulrich Beck (1993) erklären aus unterschiedlichen Gründen, dass ein (posttraditionelles, reflexiv-modernes, etc.) Zeitalter jenseits sozialer Spannung angebrochen wäre, in dem fundamentale politische und ökonomische Interessenskonflikte umgangen werden können. Giddens und Beck zufolge müsse Politik dialogisch werden und den Gegensatz von links und rechts hinter sich lassen, der mit dem Ende des Sozialismus endgültig vorbei (Giddens) bzw. mit den Fortschritten der Modernisierung überholt (Beck) sei. Politik ist ihnen gleichbedeutend mit der Beseitigung von Konflikten und Differenzen, sowie der Abwesenheit politischer Kämpfe.

*Für die Ursachen gegenwärtiger Demokratiedefizite können die hier exemplarisch angeführten Ansätze keine überzeugenden Antworten liefern. Wenn Politik selbst als apolitisch und die Gestaltung sozialer Ordnung als – aufgrund unfassbaren, schicksalhaften Modernisierungsentwicklungen unterworfen – kaum veränderbar verstanden wird, müssen Erklärungen bei Begriffen wie ‚Politikverdrossenheit‘ und Lösungen bei technischen Angeboten zur Erhöhung der ‚politischen Nachfrage‘ (etwa: eVoting, Briefwahl, politische Bildung im Schulunterricht, etc.) stehen bleiben.* Colin Crouch hat diese Erklärungen in seinem aktuell vieldiskutierten Buch ‚Postdemokratie‘ (Crouch 2008) zwar einer Kritik unterzogen, seine Analysen der Ursachen „postdemokratischer“ Entwicklungen verbleiben aber großteils auf der Ebene eines Ungleichgewichts in der Demokratie (mangelnder Interessensausgleich, fehlender universeller Konsens) infolge eines Auseinanderdriftens der formalen demokratischen Institutionen und der tatsächlichen politischen Entscheidungsverfahren, die von privilegierten (Wirtschafts-)Lobbys beeinflusst werden.

## **2. Kritik konsensdemokratischer Utopien:**

### **Politik und das Politische bei Chantal Mouffe und Ernesto Laclau**

In Auseinandersetzung mit vielen der vorgestellten a- und antipolitischen Politik- und Demokratietheorien haben sich PoststrukturalistInnen wie u.a. Chantal Mouffe und Ernesto Laclau dafür ausgesprochen, Politik nicht länger als Prozess der Herausbildung eines Konsens zu verstehen, sondern als Organisation von Konflikt, Dissens, Streit, d.h. als Anordnung von gegnerischen (und auch feindlichen)

politischen Positionen, Interessen und Strategien auf dem Feld des Politischen. Die Debatten über ein ‚Ende der Politik‘, eine ‚Rückkehr der Politik‘, um ‚Politik(erInnen)verdrossenheit‘, die ‚Politik der Mitte‘, sowie andere Sachzwangargumentationen führen sie weder auf einen Verfall der Sitten (bei WählerInnen, PolitikerInnen, bestimmten Institutionen oder dem politischen System an sich), auf fehlende ‚politische Nachfrage‘ in einem angeblich postindustriellen Zeitalter oder auf evolutionäre Entwicklungen zurück, sondern auf die Konsenskonzeption von Politik selbst. *Mouffe hat aufgezeigt, dass die Konsensvorstellungen implizit ein Ende von politischen Alternativen und damit von Politik* (als Formulierung von Positionen, Interessen, Strategien, sowie Identitäten gegen jeweils andere) *überhaupt anstrebt*, wodurch das Feld des Politischen autoritär-populistischen Bewegungen als einzigen, die gegnerische Positionen im Politischen anbieten, überlassen wird. (Mouffe 2005, 49ff.; 2007, 42f.). Die Vorstellungen einer möglichen Repräsentierbarkeit des gesamten Volkes – etwa durch einen universellen Konsens, eine Art „Politik der Mitte“, etc. – verbindet sie eindrucksvoll mit dem Thatcherismus und der Internalisierung neoliberaler Hegemonie auch in politischen Projekten der Sozialdemokratie (etwa im Blairismus). Immer dann, wenn antagonistische Konfrontationen im Politischen ausgeschlossen, beseitigt und verhindert werden, wird weniger ein politisches Einverständnis erzeugt als politische Unterordnung und symbolische Ausschließung, die entweder in politischer Apathie oder in Gefahren für die demokratische Logik mündet.

Die poststrukturalistische Alternative zu den technizistischen und ethischen Politik- und Demokratietheorien ist eine ‚radikale Politik‘, die (a) *Demokratie als Logik der Differenz* (statt des Konsens und der Abwehr von Konfrontation) begreift, (b) *das Politische als Ort des Kampfes um Machtverhältnisse* (statt als Ort von Ethik und Vernunft) und (c) *Politik als Formulierung von Identitäten in Abgrenzung zu sozialen GegnerInnen*, d.h. als Kampf um die (ideologische, politische, ökonomische) Hegemonie, versteht. Statt fehlende ‚politische Nachfrage‘ oder technische Sachzwänge für Demokratiedefizite verantwortlich zu machen, verorten sie das Problem in spezifischen politischen Projekten, die nur durch die Erzeugung einer neuen Hegemonie bekämpft werden können. Poststrukturalistische Theorien des Politischen drehen sich um politische Kämpfe und ermöglichen Reflexionen über Fragen der Erringung von Hegemonie, die in den technizistischen und ethischen Ansätzen ausgeklammert werden. Ihr Bezugspunkt sind Subjektivitäten und Bedeutungssysteme sozialer Akteure.

Gegen deliberative und aggregative Ansätze formuliert Mouffe zumindest drei zentrale Argumente:

(a) *Es kann keine Politik jenseits von Macht geben.* Rationale Debatten können Macht und Machtverhältnisse nicht auflösen, denn es kann niemals Politiken / politische Praxen außerhalb von Machtverhältnissen geben. Jede soziale Praxis findet immer schon in Machtverhältnissen statt, die durch soziale Praxen reproduziert oder transformiert werden können. Die Legitimität einer Politik kann nicht durch reine Vernunft begründet werden, sondern entscheidet sich in politischen Kämpfen. Machtverhältnisse können niemals vollständig „aufgelöst“ werden (im Gegensatz zu Herrschaftsverhältnissen, die sehr wohl abgeschafft werden können, von denen aber in vielen Demokratietheorien nicht gesprochen wird), sie können jedoch transformiert werden. Während Habermas jede Kritik an Kategorien wie der universellen Vernunft als eine Bedrohung der Demokratie betrachtet, sieht Mouffe in der Abkehr von

Versöhnungsutopien eine Bedingung für demokratische Projekte: Nicht Differenzen und Machtverhältnisse sind das Problem, sondern die konsensualistische Abwehr von Auseinandersetzungen. (Mouffe 2007, 27; 2008, 102).

(b) *Das Politische ist immer schon von Antagonismen durchzogen.* Da es in einer Gesellschaftsformation niemals eine vollständige Interessensgleichheit aller sozialen Akteure geben kann, muss das Politische über einzelne politische Identitäten und Subjektivierungen hinausgehen. Die Strategie, das gesamte Volk repräsentieren zu wollen, wie es Anthony Giddens und New Labour vorgeschlagen haben, führt notwendig dazu, dass eine Gleichheit der Interessen zwischen Mächtigen und Benachteiligten behauptet werden muss. Solche Strategien können allerdings niemals zur Veränderung von Machtverhältnissen eingesetzt werden, wie sich auch beim ‚third way‘ von New Labour in der Praxis gezeigt hat: Wenn von (Chancen-)Gleichheit, Solidarität und sozialem Zusammenhalt gesprochen wird, sind damit keine Umverteilungspolitiken bezeichnet worden, sondern die Stärkung von Familienstrukturen und gemeinsame moralische Werte. Das Politische ist immer so beschaffen, dass soziale Akteure in politischen Projekten gegen andere soziale Akteure und andere politische Projekte mobilisiert werden. Selbst wenn Antagonismen und die Beschaffenheit von Machtverhältnissen geleugnet werden (d.h. in der symbolischen Ordnung eines politischen Projekts nicht vorkommen), werden Antagonismen bedient und Identitäten (gegen jeweils andere Identitäten) geschaffen. New Labour hat zwar vorgeblich eine Politik ohne Gegner praktiziert („beyond left and right“), sich jedoch sehr wohl gegen Gegner gerichtet (etwa Leute, die nicht verstehen wollen, dass die Zeiten von Vollbeschäftigung und Umverteilung vorbei sind, dass neoliberale Dogmen der zivilisatorische Endpunkt der Geschichte sind, etc.). Mouffe zeigt damit auf, dass aufgrund der antagonistischen Beschaffenheit des Politischen<sup>1</sup> Politik immer als Kampf unter Gegnern bzw. Feinden<sup>2</sup> stattfindet. Das Ideal einer pluralistischen Demokratie kann daher nicht ein rationaler Konsens in der Öffentlichkeit sein, da ein solcher Konsens nicht existieren kann; die Frage ist vielmehr, wie eine Gegnerschaft organisiert wird, d.h. wer mit welchen Motiven, Interessen, Strategien wie gegen welche Widerstände welcher Gegner kämpft und welcher (auch institutionelle) Raum diesen Kämpfen ermöglicht wird. (Mouffe 2007, 15ff.; 2008, 104ff.)

(c) *Politik impliziert immer schon notwendig Ausschließungen von Akteuren.* Wenn Politik mitunter darin besteht, Identitäten in Abgrenzung zu anderen Identitäten zu schaffen, und daher Dissens eine wesentliche Bedingung von Politik ist, dann können Politiken nicht jenseits von Unterscheidungen von

---

<sup>1</sup> „Unter dem ‚Politischen‘ werde ich den potenziellen Antagonismus, der sozialen Verhältnissen inhärent ist, verstehen – ein Antagonismus, der sich in vielen verschiedenen Ausformungen manifestieren kann. Den Begriff ‚Politik‘ werde ich verwenden, um das Ensemble von Diskursen, Institutionen und Praktiken zu bezeichnen, deren Ziel es ist, eine Ordnung zu etablieren, menschliche Existenz in einem Kontext zu organisieren, der aufgrund der Präsenz des ‚Politischen‘ immer konfliktuell ist. Politik geht es um die Formation eines ‚wir‘ gegen ein ‚sie‘. Sie zielt auf die Konstruktion einer Einheit im Kontext von Konflikt und Diversität. Aus dieser Perspektive betrachtet, besteht die Neuartigkeit demokratischer Politik nicht in der Überwindung der Wir/sie-Opposition, sondern in der unterschiedlichen Weise, in der sie erzeugt wird.“ (Mouffe 2005, 51).

<sup>2</sup> Mouffe unterscheidet dabei wie folgt: „Antagonismus ist ein Kampf unter Feinden, während Agonismus einen Kampf unter Gegnern darstellt.“ (2008, 104). Agonistische Konfrontationen sind Existenzbedingungen der Demokratie, antagonistische Konfrontationen sind durchaus Bedrohungen, weil sie illegitime Positionen bezeichnen. Antagonismen müssen durch entsprechende symbolisierbare Konfrontationen (wir/sie-Unterscheidungen) in Agonismen (in der Demokratie legitime Konfrontationen) transformiert werden. (Mouffe 2007, 29).

‚wir‘ und ‚sie‘ organisiert werden. Die Frage für Mouffe (im Gegensatz zu Giddens, Habermas u.v.a.) ist daher nicht, wie die Konstruktion eines ausschließenden „wir“ (in einer unpolitisch-technokratischen „Politik für alle“) verhindert werden kann, sondern wie dieses „wir“ auf eine nicht- bzw. anti-rassistische, anti-chauvinistische, anti-nationalistische, etc. und als eine soziale Gleichheit erzeugende, Ausbeutung, Unterdrückung und Selektionen bekämpfende Art und Weise formuliert werden kann. Politik bedarf der Konstruktion eines kollektiven Willens und muss notwendigerweise ein gegnerisches Außen, gegen das sich Politik zu richten hat, mitkonstruieren. Politik schließt dadurch partiellen und provisorischen Konsens nicht aus, erkennt darin aber immer ein (vorläufiges, prekäres) Resultat von Kämpfen im Politischen, das unterschiedliche soziale Akteure mit unterschiedlichen (auch leidenschaftlichen, irrationalen oder nicht-rationalisierbaren) Interessen umfasst. (Mouffe 2005, 38; 2008, 115ff.).

Mit ihrem Ansatz kann Mouffe einige Probleme der Konsenskonzeptionen von Demokratie offen legen. Um ein neues linkes Projekt gegen neoliberale Hegemonie in Stellung zu bringen, benötigt es, so Mouffe, Einsichten in die Notwendigkeit tiefgreifender Transformationen von Machtverhältnissen und Kämpfen, in denen wieder Fragen sozialer Gleichheit (nicht: Chancengleichheit) aufgeworfen werden. (Mouffe 2005, 57ff.). Eine solche politische Strategie muss, unter Verzicht auf den Diskurs des Universellen und des Anspruchs auf universelle Repräsentation, diskursiv neue Gleichheiten und Verknüpfungen (Äquivalenzketten) zwischen unterschiedlichen sozialen Kämpfen schaffen und eine Ausdehnung von Antagonismen / Agonismen zur Erweiterung des Politischen und Erweiterung möglicher Identitäten gegen neoliberale Hegemonie erzeugen. Mouffe hat durchaus einige konkrete Vorschläge für ein neues linkes Projekt vor Augen – Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung, pluralistische Wirtschaft, etc. –, ihre Konzeption radikaler Politik blendet allerdings systematisch die Bedingungen (die Kontexte: soziale Strukturen, etc.) politischer Kämpfe aus. *Die Forderungen des Projekt radikaler pluraler Demokratie verbleiben letztlich richtungslos*, da sich Mouffe, ebenso wie Ernesto Laclau, Gesellschaft nur als Ansammlung von Diskursen vorstellt, Macht und Herrschaft in Diskursen und Positionen von Akteuren in Diskursen (Identitäten) auflöst. Es ergeben sich daraus zumindest zwei zusammenhängende gravierende Probleme: (a) Wenn die Welt nur aus Diskursen besteht, dann können Kämpfe nur als Verschiebungen von Diskursen gedacht werden, nicht aber als Transformation von Strukturen (Staat, Produktionsverhältnisse, etc.). Laclau / Mouffe können daher – obwohl sie die betonen, dass Kämpfe nicht jenseits von Institutionen stattfinden (Mouffe 2005, 29, 36f.) – auch kaum Vorschläge für die institutionelle Verankerung radikaler pluraler Demokratie liefern (vgl. Jessop 1990, 301). (b) Wenn die Bedingungen sozialer Kämpfe ohne ihre nicht-diskursiven Bedingungen (d.h. etwa im Rahmen der Verankerung sozialer Akteure, Kräfte, Klassen in gesellschaftlicher Arbeitsteilung, im Staat, etc.) betrachtet werden, müssen Kräfteverhältnisse aus sich selbst verstanden werden, müssen Überlegungen für linke Politik immer unkonkret und flüchtig bleiben und können Gleichheitsforderungen erst nur vage angegeben werden. Dementsprechend beziehen sich Mouffes Forderungen kaum auf real-konkrete Analysen sozialer Konjunkturen, sondern jeweils nur auf Subjektivierungen, Identitäten und Diskurse und richten sich nur formal-abstrakt (mit Bezug auf Norberto Bobbios politische Philosophie) am Gegensatz von sozialer Gleichheit und der Verteidigung von Ungleichheit aus. Im Folgenden sollen die gesellschafts- und wissenschaftstheoretischen Probleme bei Mouffe und Laclau beleuchtet werden.

### **3. Gesellschafts- und wissenschaftstheoretische Probleme gegenwärtiger poststrukturalistischer Ansätze (Empty realism vs. Critical realism)**

Der Ansatz von Laclau und Mouffe beinhaltet eine originelle Ausweitung des Politischen: Durch die Definition von Politik als Moment der Entdeckung der Offenheit, Unabgeschlossenheit und Unfixiertheit des Sozialen, sollen Vorstellungen vom Politischen als einem begrenztem Raum in der Gesellschaft durch die Konzeption von Politik als einer sozialen Qualität ersetzt werden. Dies gelingt ihnen durch die Verschiebung politischer Theorie in eine linguistische Problematik<sup>3</sup>, in der Laclau / Mouffe nicht nur bestimmte Identitäten (Subjektpositionen in Diskursen) als diskursiv konstruiert gelten, sondern alle Objekte der Realität, d.h. auch soziale Strukturen, die bisher wesentlich außerdiskursiv behandelt wurden, sind als Effekte diskursiver Praxen zu betrachten. In der politischen Theorie übt dieser Ansatz eine anhaltende Faszination aus, da alle Objekte, insofern sie ihre inhärenten Eigenschaften in erster Linie in Diskursen zugewiesen bekommen, jeweils als Ergebnisse hegemonialer Auseinandersetzungen zwischen sozialen Kräften gedacht werden können. Indem sie die Wirklichkeit nicht als durch Essenzen (unverkennbare inhärente Eigenschaften) charakterisierbar, sondern als Ergebnis sozialer Konstruktion fassen, möchten Laclau / Mouffe (1991, 124ff.) Notwendigkeiten aller Art überwinden, Determinismen auflösen, emanzipatorische Diskurse fördern und die Sozialwissenschaften aus der ‚Logik der Notwendigkeiten‘ bzw. der ‚Schließung‘ (struktureles und kausales Denken) befreien und in die ‚Logik der Kontingenz‘ (diskursanalytisches/-theoretisches Denken) überführen.

Epistemologische<sup>4</sup> Grundlage dieser theoretischen Intervention ist ein harter Sozialkonstruktivismus, der sich gegen jede Form der Argumentation über außerdiskursive Objekte, Essenzen, Strukturen, Tendenzen, Notwendigkeiten, etc. in der Wirklichkeit richtet (‚Essentialismuskritik‘). Um die Kontingenz und Offenheit des Sozialen gegen essentialistische Diskurse aufzuzeigen, müsse, so Laclau und Mouffe (1991, 143), die wissenschaftstheoretische Trennung von diskursiven und nicht-diskursiven Praxen überwunden werden: Da der Zugang zur Wirklichkeit und ihren Objekten vor allem (Laclau / Mouffe erklären: nur) über Diskurse stattfindet und nur innerhalb und in Form von Diskursen Wissen über die Wirklichkeit erlangt werden kann, seien die Objekte in der Wirklichkeit (die Referenten, auf die sich Wissen bezieht) nichts anderes als diskursive Konstruktionen. Um sich nicht den Vorwurf antimaterialistischer Spekulation einzuhandeln, betonen Laclau / Mouffe, dass sie (a) nicht die Existenz von Objekten in der Wirklichkeit außerhalb des Denkens leugnen, sondern vielmehr nur die diskursiven Bedingungen des Auftauchens der Objekte hervorheben, und (b) nicht nur sprachliche Phänomene als Bestandteile von Diskursen betrachten, sondern auch Institutionen, Rituale und Praxen. (Ebd., 143f., 146). Im Ontologischen vertreten sie daher keinen offenen Idealismus, sondern durchaus einen

---

<sup>3</sup> Eine Problematik bezieht sich auf den theoretischen Kontext, in dem ein Text entsteht bzw. den ein Text reflektiert und bezeichnet die begriffliche Struktur, die in einer (wissenschaftlichen oder ideologischen) Theorie zugleich die Objekte wie die Fragen an die Objekte, die Gegenstand der Theorie sind, ordnet. Die Problematik ist das Produktionsmittel im Produktionsprozess wissenschaftlicher Erkenntnisse. (Althusser 1968, 13ff.).

<sup>4</sup> Epistemologie befasst sich mit den Bedingungen der Produktion von Wissen und damit, was wir über die Realität an Wissen produzieren. Einer Epistemologie liegen immer bestimmte ontologische Grundannahmen über die Beschaffenheit der Wirklichkeit, d.h. darüber, worüber wir Wissen produzieren können, zugrunde. (Hay 2002, 61ff.; Bhaskar 2008, 15f.; Sayer 2000, 12, 81ff.).

Realismus, insofern sie die unabhängige Existenz der Wirklichkeit (Intransitives) vom Wissen über diese (Transitives) trennen; allerdings lässt sich in diesem „empty realism“ (Jessop 1990, 294) infolge der alleinigen Bezugnahme auf Positionen in Diskursen und auf Identitäten kaum mehr etwas über die (außer-diskursive) Beschaffenheit der Wirklichkeit aussagen. Basierend auf der Überhöhung des Diskursiven und der Verallgemeinerung der Logik der Sprache auf alle sozialen Beziehungen, betrachten Laclau / Mouffe alle sozialen Beziehungen als Diskurse.

Die Überfrachtung der Diskurskategorie und die Analyse des Realen in der Logik des Diskurses wurden insbesondere von Stuart Hall kritisiert, der darauf beharrt, Praxen und Diskurse zu trennen: Von Praxis zu sprechen, bedeutet keineswegs, die konstitutive Funktion von Bedeutungen in Praxen zu negieren, sondern vielmehr das Reale nicht auf Bedeutungen zu reduzieren. (Hall 1988, 196f., 198; 1985). Critical realists wie Bob Jessop und Andrew Sayer zeigen auf, dass Laclau / Mouffe zwar mit dem Argument, dass Objekte im Realen nicht unmittelbar (etwa jenseits von Diskursen) zugänglich sind, Recht haben, dadurch allerdings die Unterschiede zwischen sozialen Objekten noch lange nicht auf ihre Bedeutungen in Diskursen reduziert werden können.<sup>5</sup> Wenn das Diskursive und die Linguistik allerdings die Wirklichkeit nicht angemessen erklären können (weil die Objekte der Linguistik andere sind als die Objekte der Sozialwissenschaften), dann ist es notwendig, das Reale als komplex, strukturiert und stratifiziert zu denken und dann muss der Diskursreduktionismus zugunsten komplexerer gesellschafts- und wissenschaftstheoretischer Annahmen abgeschafft werden. (Jessop 1990, 294ff.; Sayer 2000, 90ff.).

Der Critical Realism teilt durchaus einige Motive mit poststrukturalistischen Ansätzen, insbesondere die Kritik an ökonomistischen und teleologischen Konzeptionen, ebenfalls teilt er die Konzeption des Realen als unabhängig vom Wissen darüber existierend. Im Gegensatz zu Konstruktivismen fasst der CR das Reale allerdings nicht als reine Ansammlung von Diskursen und im Gegensatz zu positivistischen und empirizistischen Vorstellungen nicht als Ansammlung gleichförmiger Ereignisse und Regelmäßigkeiten zwischen diesen. Critical realists betonen, dass hinter den Bedeutungssystemen von Akteuren und Ereignissen im Realen Objekte mit generativen Kräften und Fähigkeiten liegen, die Ereignisse produzieren und (im Falle sozialer Objekte) auch Bedeutungen involvieren. Im Gegensatz zum leeren Realismus von Laclau / Mouffe, wird das Reale von Critical realists als komplex, strukturiert und stratifiziert gedacht; es fällt nicht mit dem Wahrnehmbaren (Empirizismus), dem Aktualisierten (Aktualismus) oder dem Diskursiven (Idealismus) zusammen und besteht nicht aus einseitigen, sondern komplex-strukturell-hierarchisch gegliederten Beziehungen. Objekte in der Natur, aber auch im Sozialen, sind durch innere (notwendige) Strukturen und deren als Tendenzen existierende Mechanismen, sowie durch ihre kontingenten Beziehungen zu anderen Strukturen gekennzeichnet. Auch wenn Strukturen im Sozialen andere Dauerhaftigkeiten als jene in der Natur aufweisen, von reproduzierenden und transformierenden Praxen sozialer AgentInnen abhängig sind und Bedeutungen involvieren, sind sie

---

<sup>5</sup> Der Critical realism legt Wert auf die Unterscheidung von Bedeutungen in Diskursen und den Referenten von Bedeutungen, die nicht zusammenfallen: „[W]hile realists of course accept that the *terms* exist within discourse, their referents may exist outside (our) discourse: *discourse and knowledge are not merely self-referential – that is why they are fallible!*“ (Sayer 2000, 62).



nichtsdestotrotz Strukturen, die in strukturalen und (komplexen) kausalen Analysen<sup>6</sup> hinsichtlich ihrer Beschaffenheit und Funktionsweise untersucht werden können. (Bhaskar 1998; 2009; Sayer 1984; 2000). Sayer (2000, 18, 33, 70f.) macht deutlich, dass der Critical realism die Diskursivität / Konzeptabhängigkeit sozialer Objekte problemlos anerkennen und analysieren kann, jedoch seine Konzeption von Laclau / Mouffe stark unterschieden ist: (a) Es gibt im Sozialen immer auch eine nicht-diskursive Dimension, d.h. Objekte haben auch nicht-diskursive Eigenschaften und (b) die Interpretationen von Bedeutungen über soziale Objekte dürfen das Wissen von WissenschaftlerInnen und das untersuchte Wissen von in ihnen involvierten Akteuren nicht vermischen.<sup>7</sup> Das grundlegende Problem der Essentialismuskritik von Laclau / Mouffe ist die Nicht-Unterscheidung zwischen einem moderaten, nicht-reduktionistischen Essentialismus, mit dem strukturale und kausale Analysen ermöglicht werden (Critical realism) und einem starken Essentialismus, der von Laclau / Mouffe durchaus treffend und zurecht kritisiert wird und die Welt unterkomplex / deterministisch betrachtet. (Ebd., 87; Jessop 2008, 225ff.).

Die Konfrontation der wissenschaftstheoretischen Grundannahmen des ‚empty‘ und des ‚Critical realism‘ zeigt, dass der „Postmarxismus“ von Laclau / Mouffe eine Kombination eines flachen, diskursreduktionistischen Realismus im Ontologischen („Die Objekte im Realen sind nur gleichförmige Diskurse ohne inhärente Eigenschaften und Kräfte“), eines harten Sozialkonstruktivismus im Epistemologischen („Die Objekte im Realen können nur in Diskursen zugänglich gemacht werden, in denen sie konstruiert werden“) und einer Begrenzung auf die Dekonstruktion von Identitäten und Subjektivitäten im Methodologischen darstellt. Basierend auf unplausiblen Annahmen verschieben Laclau / Mouffe Gesellschaftstheorie in eine linguistische Problematik, wodurch Begriffe wie Gesellschaft, Ökonomie, gesellschaftliche Arbeitsteilung, Staat und Politik bzw. Konzepte sozialer Kräfteverhältnisse neu angeordnet werden. Indem ihnen allen derselbe ontologische Status zugesprochen wird, nämlich Effekt diskursiver Praxen zu sein, *werden gesellschaftliche Analysen auf Diskursanalysen und politische Strategien auf diskursive Fronten beschränkt. Die Veränderung der Wirklichkeit hängt allerdings nicht nur von der Schaffung neuer kollektiver Identitäten durch diskursive Äquivalenzketten, sondern vielmehr auch von der nicht ausschließlich in Diskursen stattfindenden Transformation von Strukturen und Praxen ab* (Bhaskar 2009, 170f.; Archer 1995; Jessop 1990).

---

<sup>6</sup> *Strukturale Analysen* beziehen sich im CR weder auf Idealisierungen, noch Generalisierungen, sondern auf die Abstraktion notwendiger innerer Beziehungen als Aspekte der Struktur eines Objekts, durch die ein Objekt das ist, was es ist. *Kausale Analyse* haben im CR nichts mit induktiven oder deduktiven Erklärungen zu tun, sondern beziehen sich auf das Rückschließen von Ereignissen / Effekten auf die Aktualisierung von (unabhängig von der Aktualisierung existierenden) Mechanismen von Strukturen im Zusammenspiel mit anderen Mechanismen anderer Strukturen, die deren Existenzbedingungen bilden. (Bhaskar 2008; Sayer 1984; 2000). Kausalität im CR hat mit der Vorstellung einfacher Determinationen (in der Tradition eines Humeschen Kausalitätsmodells), wie sie von Laclau / Mouffe (1991, 45, 159f.) kritisiert werden nichts zu tun. Da der CR die Konzeptabhängigkeit des Sozialen anerkennt, können auch Bedeutungen (unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt, ihrer Angemessenheit der Erklärung sozialer Strukturen und Praxen, etc.) als Ursachen von Ereignissen analysiert werden. Strukturelle, kausale und interpretative Analysen schließen einander nicht aus: „As reasons can be causes and structures can be concept-dependent, causal, structural and interpretative analyses are interdependent.“ (Sayer 1984, 104).

<sup>7</sup> Die Konzepte der Sozialwissenschaften und jene aktuellen oder vergangenen Konzepte von Akteuren in untersuchten Strukturen und Praxen fallen niemals völlig zusammen. Auch in einer sozialen Praxis muss das Wissen von Akteuren über diese Praxis nicht notwendigerweise angemessen oder (vorläufig) wahr sein, es kann auch unangemessen und unbrauchbar sein. (Sayer 2000, 34, 92).

#### **4. Kräfteverhältnisse in materialistischen Poststrukturalismen (Althusser / Poulantzas vs. idealistische Poststrukturalismen)**

Laclau / Mouffe rücken in der Demokratietheorie wieder Konflikte und Kämpfe zwischen sozialen Kräften in den Mittelpunkt und treten dabei auch neoliberalen Reduktionismen entgegen. Zugleich aber lösen sie Kämpfe und Kräfteverhältnisse aus ihren Kontexten heraus: Bei der Analyse von Kräfteverhältnissen haben strukturelle und kausale Analysen in der linguistischen Problematik keine Bedeutung mehr, sie können jeweils nur unmittelbar aus der Analyse von Subjektpositionen auf dem Feld des Diskursiven betrachtet werden. *Wenn aber die Existenzbedingungen und Kontexte von Kämpfen und Kräfteverhältnissen ausgeklammert werden, dann können sie immer nur aus sich selbst verstanden werden, wodurch politische Strategien notwendig voluntaristisch werden.* (Poulantzas 1973; 1975).

Vertreter eines materialistischen Poststrukturalismus wie Louis Althusser oder Nicos Poulantzas haben sich in ihren Analysen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, des Staates und bestimmter Konjunkturen von Gesellschaftsformationen (Poulantzas hat sich mit dem autoritären Etatismus in Frankreich Ende der 1970er, der Krise der Diktaturen in Südeuropa, uvm. befasst) ebenfalls auf Kämpfe als Motor sozialer Prozesse gestützt. Gegen Strukturalismen haben sie das Primat der Kämpfe über soziale Strukturen betont, gegen teleologische Theorien die Offenheit, Subjekt- und Ziellosigkeit der Geschichte<sup>8</sup>, sowie gegen theoretische Humanismen, dass nicht Menschen als Einzelpersonen, sondern Massen (Klassen, Schichten, Fraktionen, Kategorien, soziale Kräfte, etc.) in ihren jeweiligen Kontexten und Beziehungen zueinander die Geschichte machen. Althusser (1972) hat betont, dass die sozialen Praxen von Klassen weder ein Zusatz zu den sozialen Strukturen sind, noch unabhängig von den Strukturen stattfinden. Gesellschaftsformationen sind für Althusser mit Rückgriff auf Marx als Gesamtheit ökonomischer, politischer und ideologischer / kultureller Verhältnisse, d.h. als Gesamtheit von sozialen Strukturen und Gesamtheit von sozialen Praxen zu denken. *Wenn Kräfteverhältnisse untersucht werden, müssen daher die Positionen der Kräfte sowohl in den ökonomischen, den politischen, als auch den ideologischen Verhältnissen betrachtet werden, da diese nur innerhalb dieser Verhältnisse existieren und ihre Praxen sich immer darauf beziehen müssen, unabhängig davon, ob es sich um reproduzierende oder transformierende Praxen handelt.* Wenn also, wie Laclau / Mouffe vorschlagen, nur die Identitäten und Diskurse der Kräfte betrachtet werden und die Massen in ihren Lebensbedingungen auf ihre kollektiven und individuellen Identitäten reduziert werden, dann geraten andere Verhältnisse (die sozialen Strukturen der Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Positionen im Staat, etc.) automatisch aus dem Blick. Althusser hat vorgeschlagen, gesellschaftliche Prozesse immer ausgehend von der gesellschaftlichen *Reproduktion* aus zu betrachten, d.h. die Frage

---

<sup>8</sup> In den theoretisch-humanistischen Konzeptionen stellen die sozialen Verhältnisse immer nur zufällige Zusätze zu einem bereits festgelegten Subjekt der Geschichte (dem menschlichen Wesen, der ArbeiterInnenklasse, etc.) dar. Die Geschichte dagegen als einen (komplexen) Prozess ohne vorgegebenes Ziel zu begreifen, bedeutet, dass die Geschichte kein zentrales (steuerndes) Subjekt kennt, sondern nur einen Motor, den Klassenkampf. Die Subjekte in der Geschichte sind dann auch nicht mehr unter der Vorstellung, dass „der Mensch die Geschichte macht“, fassbar, sondern es benötigt Begriffe, um soziale Kräfteverhältnisse zu verstehen: Nicht „der Mensch“ macht Geschichte, sondern Klassen(fraktionen) und soziale Kräfte in (politischen, ideologischen, ökonomischen) Auseinandersetzungen. (Althusser 1972; 1977).

danach zu stellen, wie sich diese Prozesse fortwährend wiederherstellen. (Althusser 1977; 1978). Für Althusser und Poulantzas sind soziale Entwicklungen immer *strategische Prozesse*, in denen der Einsatz von Macht sozialer Kräfte (etwa Klassenmacht) im Kampf zu untersuchen ist, d.h. es ist zu untersuchen, warum welche sozialen Kräfte, basierend auf welchen Positionen in den gesellschaftlichen Verhältnissen, wie welche Strategien und Taktiken gegenüber welchen anderen Kräften und Widerständen einsetzen und wie sich diese in Strukturen und Praxen von Apparaten und Institutionen materialisieren.

Poulantzas entwickelte in seiner Klassentheorie (1973; 1974; 1975) und seiner Staatstheorie (1976; 2002/1978) die Reproduktionsperspektive von Althusser weiter: Anschließend an das relationale Klassenverständnis (demzufolge Klassen immer im Kampf, d.h. im Bezug zueinander, existieren und der Kampf nicht einen Zusatz zur Existenz von Klassen darstellt) sowie die Konzeption des Kampfes als Motor der Geschichte, entwickelt er die Komplexität in der Klassentheorie weiter und integriert eine komplexe Theorie konjunktureller Kräfteverhältnisse, mit der auch Identitäten stärker berücksichtigt werden können. Poulantzas' Klassentheorie ermöglicht nicht nur eine Verbindung strukturaler und kausaler Analysen über sozialer Kräfteverhältnisse, sondern ist auch anschlussfähig für interpretative Analysen gegenwärtiger Poststrukturalismen. Insofern mit Poulantzas die von Critical realists betonte Notwendigkeit einer Verbindung dieser drei Analysen (struktural, kausal, interpretativ) eingelöst werden kann, sind Überlegungen zu politischen Strategien komplexer und zu materiellen Lebensverhältnissen von Akteuren umfassender möglich. Ausgangspunkt dafür ist Poulantzas' Betonung der Strukturiertheit von Kräfteverhältnissen durch die *„gesellschaftliche Arbeitsteilung“*. Mit diesem Begriff fasst Poulantzas die Stellungen sozialer AgentInnen in den ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnissen, d.h. in der Organisation und Reproduktion der Lebensverhältnisse entlang von Linien wie der Trennung geistiger von manueller Arbeit. Poulantzas' politische Theorie hat mitunter auch das Potential, Analysen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und damit die Analysen der Kontexte von politischen Prozessen auch um geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen (über die Konstruktion von Geschlechteridentitäten) und rassistische Arbeitsteilungen (über rassistische Bedeutungskonstruktion) zu erweitern. *Im Gegensatz zu Laclau / Mouffe u.a. können mit Althusser und Poulantzas Strukturen und Mechanismen (bspw. Entwicklungen postfordistischer Arbeitsverhältnisse, Krisen des Finanzmarktkapitalismus, neoliberaler Staatsumbau, etc.) hinter den Bedeutungssystemen von Akteuren behandelt werden. Politik ist dabei nicht einfach eine Frage von Mobilisierung, sondern auch von Transformation.*

## **5. Fazit**

(a) Die Hauptlinien aktueller politischer Theorien können gegenwärtige Demokratiedefizite und den Stand der Demokratie aufgrund ihrer Konsensbezogenheit und ihrer unplausiblen Annahmen über die Funktionsweise demokratischer Prozesse nicht adäquat erklären. Ihre Lösungsansätze bleiben technizistisch und apolitisch; sie sind angesichts ihrer Verpflichtung gegenüber neoliberalen Dogmen über

angebliche Sachzwänge („Globalisierungs“-Diskurse, etc.) hinderlich für politische Praxen gegen Demokratiedefizite und müssen überwunden werden.

(b) Poststrukturalistische Theorien sind dagegen in der Lage, begründet die Konsensbezogenheit politischer Praxen als Internalisierung neoliberaler, letztlich demokratiefeindlicher Ideologien aufzuzeigen. Sie verdeutlichen, dass Demokratie notwendig immer mit Differenzen arbeitet, das Politische ein Ort des Kampfes um Machtverhältnisse und nicht von Ethik und Rationalität ist, und Politik im Kern die Formulierung von Identitäten in Abgrenzung zu sozialen GegnerInnen beinhaltet. Gegen aktuelle politische Theorien kann argumentiert werden, dass es Politik nicht jenseits von Macht, Konflikten und Leidenschaften geben kann. Poststrukturalistische VertreterInnen wie Mouffe, Laclau u.a. ermöglichen Konzeptionen über Kämpfe und Identitäten (wir gegen sie) und beinhalten daher das Potential, die gescheiterten blairistischen Strategien europäischer Sozialdemokratien zu überwinden und soziale Mobilisierungen zu fokussieren.

(c) Mit Bezug auf die gesellschafts- und wissenschaftstheoretischen Probleme der diskursreduktionistischen Bestandteile dieser Ansätze und in der Konfrontation mit komplexeren, materialistischen Ansätzen über soziale Kräfteverhältnisse, kann gezeigt werden, dass erfolgreiche politische Praxen nicht bei der Mobilisierung von Identitäten stehen bleiben dürfen. Politische Kämpfe sind nicht nur als ‚wir gegen sie‘ zu denken, sondern zusätzlich auch als Kämpfe um die Reproduktion oder Transformation jeweils bestimmter sozialer Strukturen.

Email: [armin.puller@univie.ac.at](mailto:armin.puller@univie.ac.at)

## Literatur

- ALTHUSSER, Louis (1968 [1965 frz.]): *Für Marx*; Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- ALTHUSSER, Louis (1967a [frz.]): *The Historical Task of Marxist Philosophy*; in: Ders. (2003): *The Humanist Controversy and Other Writings*; London/New York: Verso; 155-220
- ALTHUSSER, Louis (1972 [frz.]): *Antwort an John Lewis*; in: Arenz, Horst / Bischoff, Joachim / Jaeggi, Urs (Hg.) (1973): *Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis*; Berlin: VSA; 35-76
- ALTHUSSER, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*; Hamburg, Berlin: VSA
- ALTHUSSER, Louis (1978 [frz.]): *Marx in his Limits*; in: Ders. (2006): *Philosophy of the Encounter. Later Writings, 1978-1987*; London/New York: Verso; 5-162
- ALTHUSSER, Louis / BALIBAR, Étienne (1965/1968 [frz.]): *Reading Capital*; London/New York: Verso 1997
- ARCHER, Margaret (1995): *Realist social theory: the morphogenetic approach*; Cambridge: Cambridge University Press
- BECK, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*; Frankfurt/M.: Suhrkamp
- BHASKAR, Roy (2008<sup>3</sup> [1975/1978]): *A Realist Theory of Science*; London: Verso
- BHASKAR, Roy (1998<sup>3</sup> [1979]): *The Possibility of Naturalism. A Philosophical Critique of the Contemporary Human Sciences*; London/New York: Routledge
- BHASKAR, Roy (2009 [1986]): *Scientific Realism and Human Emancipation*; London/New York: Routledge
- CROUCH, Colin (2008 [2004 engl.]): *Postdemokratie*; Frankfurt/M.: Suhrkamp
- DEMIROVIĆ, Alex (1995): *Aspekte der theoretischen und politischen Praxis politischer Theorie*; in: Helmut Kramer (Hg.): *Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch*; Wien: WUV; 204-211
- DEMIROVIĆ, Alex (2005): *Radikale Demokratie und der Verein freier Individuen*; in: DemoPUNK / Kritik und Praxis Berlin (Hg.): *Indeterminate! Kommunismus. Texte zu Ökonomie, Politik und Kultur*; Münster: Unrast; 56-67
- GIDDENS, Anthony (1994): *Beyond Left and Right — the Future of Radical Politics*; Cambridge: Polity
- GIDDENS, Anthony (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*; Cambridge: Polity
- HABERMAS, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*; Frankfurt/M.: Suhrkamp
- HALL, Stuart (1977 [engl.]): *Das ‚Politische‘ und das ‚Ökonomische‘ in der Marxschen Klassentheorie*; in: Ders. 1989; 11-55
- HALL, Stuart (1980): *Nicos Poulantzas: State, Power, Socialism*; in: *New Left Review* I/119, January-February 1980; 60-69
- HALL, Stuart (1983 [engl.]): *Ideologie und Ökonomie. Marxismus ohne Gewähr*; in: Ders. 2004; 8-33
- HALL, Stuart (1985 [engl.]): *Bedeutung, Repräsentation, Ideologie. Althusser und die poststrukturalistischen Debatten*; in: Ders. 2004; 34-65
- HALL, Stuart (1988 [engl.]): *Der Thatcherismus und die Theoretiker*; in: Ders. 1989; 172-206
- HALL, Stuart (1989): *Ideologie. Kultur. Rassismus. Ausgewählte Schriften 1*; Hamburg: Argument
- HALL, Stuart (2004): *Ideologie. Identität. Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4*; Hamburg: Argument
- HAY, Colin (2002): *Political Analysis. A Critical Introduction*; Basingstoke: Palgrave
- HAY, Colin (2007): *Why We Hate Politics*; Cambridge: Polity Press
- JESSOP, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*; Cambridge: Polity
- JESSOP, Bob (2008): *State Power. A Strategic-Relational Approach*; Cambridge: Polity Press

- LACLAU, Ernesto (1975): *Die Eigenart des Politischen. Zur Poulantzas-Miliband-Kontroverse*, in: Poulantzas / Miliband 1976; S. 52-79
- LACLAU, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz*, Wien: Turia und Kant
- LACLAU, Ernesto / MOUFFE, Chantal (1991 [1985 engl.]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen
- MOUFFE, Chantal (2005): *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*, Wien: Turia und Kant
- MOUFFE, Chantal (2007 [2005 engl.]): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt/M: Suhrkamp
- MOUFFE, Chantal (2008 [2000 engl.]): *Das demokratische Paradox*, Wien: Turia und Kant
- POULANTZAS, Nicos (1973): *On Social Classes*, in: *New Left Review* I/78, March-April 1973; 27-54
- POULANTZAS, Nicos (1974 [1968 frz.]): *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M.: Athenäum Fischer
- POULANTZAS, Nicos (1975 [1974 frz.]): *Klassen im Kapitalismus – heute*, Berlin: VSA
- POULANTZAS, Nicos (1976): *The Capitalist State: A Reply to Miliband and Laclau*, in: *New Left Review* I/95, January-February 1976; 63-83
- POULANTZAS, Nicos (2002 [1977 frz.]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA
- RANCIÈRE, Jacques (2002 [1995 frz.]): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt/M: Suhrkamp
- RANCIÈRE, Jacques (2008 [2000 frz.]): *Zehn Thesen zur Politik*, Zürich/Berlin: diaphanes
- RAWLS, John (2003): *Politischer Liberalismus*, Frankfurt/M: Suhrkamp
- RESCH, Paul Robert (1992): *Althusser and the Renewal of Marxist Social Theory*, Berkeley/Los Angeles/Oxford: California University Press
- SAYER, Andrew (1984): *Method in Social Science. A Realist Approach*, London: Hutchinson
- SAYER, Andrew (2000): *Realism and Social Science*, London: Sage